

gegensätzlichen Positionierungen und erzeugt daraus ein kohärentes Narrativ kollektiver Identität? Auf der anderen Seite drängt sich die Frage auf, wieso Personen, die durch die AfD marginalisiert werden, trotzdem deren Politik vertreten.¹⁰ Sicherlich bieten sich hier simplifizierende Erklärungsmuster an, die es bei einer Instrumentalisierung auf Seiten der AfD belassen, Selbsthass auf Seiten der Bündnisgruppen diagnostizieren oder solche, die darauf verweisen, dass sexuelle Identität und Herkunft nicht mit politischer Ausrichtung korrelieren müssen). Auch wenn sich so punktuell ausreichende Erklärungen finden lassen, geben sie keinen Aufschluss über die eigentliche Dynamik zwischen der Partei und den Bündnisgruppen (sowie damit assoziierten Parteimitgliedern) oder die *Funktion*, die dieser scheinbar paradoxe Zusammenschluss für beide ›Seiten‹ hat. Insbesondere die Frage danach, wie die AfD diese Widersprüche und Ambivalenzen – die hier durch die Bündnisgruppen symbolisiert werden – mit den sonst so klar formulierten Antagonismen vereint und in eine kohärente Erzählung kollektiver Identität überführt, wird Gegenstand dieser Arbeit sein. Auf Basis einer umfassenden diskursanalytischen Untersuchung von Twitter-Daten soll über die formulierten Subjektpositionen und deren Ausdeutung ein möglichst ausführlicher Zugang zum ›Weltbild‹ der Partei erschlossen werden.

1.1 Gegenstand: Die Alternative für Deutschland und ihre Bündnisgruppen

1.1.1 Die Alternative für Deutschland

Die *Alternative für Deutschland* hat sich in den letzten zehn Jahren nicht nur zu einer zentralen Akteurin der radikalen Rechten in Deutschland entwickelt, sie ist auch die erste Rechtspartei in der Geschichte der Bundesrepublik, die nennenswerte Wahlerfolge erzielen konnte. Damit ist es ihr gelungen, sich in die zunehmende Normalisierung der radikalen Rechten in Europa einzureihen (vgl. Wiegel 2023). Offiziell gegründet wurde sie, nach fast zwei Jahrzehnten des Netzwerkaufbaus und der zivilgesellschaftlichen Organisation, im Februar 2013, als Reaktion auf die Finanzpolitik der Europäischen Union nach der globalen Finanzkrise 2010 und die darauffolgende, namensgebende Äußerung Angela Merkels, der Euro-Rettungsschirm für Griechenland sei »alternativlos« (Merkel zit.n. Decker 2022a) (vgl. Decker 2022a; vgl. Wiegel 2023; vgl. auch Kemper 2014). Obwohl die Partei zunächst als liberal-konservativ mit national-konservativen Anleihen und Mitgliedern (vor allem Beatrix von Storch, Alexander Gauland oder Björn Höcke) eingestuft wurde, begann sie bereits früh, sich der extremen Rechten anzunähern – ein Wandel, der durch mehrere Führungswechsel und zum Teil großflächige Parteiaustritte gekennzeichnet war. Bereits ein Jahr nach der Gründung sind vor allem eine restriktive

¹⁰ Hier muss zwischen diskursiv wirksamen Subjektpositionen und subjektiven Sichtweisen bzw. individuellen Motivationen unterschieden werden. Letztere sind, trotz ihrer Wichtigkeit, explizit nicht Gegenstand dieser Arbeit. In einer ersten Konzeption sollte diese Perspektive über die Triangulation der Diskursanalyse mit Interviews mit Mitgliedern der Bündnisgruppen einbezogen werden. Aus Gründen der Umsetzbarkeit, und um die bereits sehr breit angelegte Arbeit übersichtlich zu halten, wurde dieser Aspekt jedoch wieder verworfen.

Geschlechter-, Familien- und Migrationspolitik sowie eine entschlossene Law-and-Order-Haltung ins Zentrum des Parteibildes gerückt (vgl. Decker 2022a; vgl. Pfahl-Traughber 2020: 88; vgl. Wiegel 2023). Anstatt dem Erfolg der Partei jedoch zu schaden, haben sich gerade diese, aber auch Anti-EU- und Anti-Establishment-Positionen als »der eigentliche Nährboden« (Decker 2022a) für die Wahlerfolge und letztendliche Etablierung der AfD in der deutschen Parteipolitik auf allen Verwaltungsebenen erwiesen (vgl. Decker 2022a; vgl. Hansen/Olsen 2022: 1f.; vgl. Wiegel 2023). Soziodemografische Faktoren, von denen zunächst angenommen wurde ausschlaggebend zu sein, haben sich demgegenüber nicht als zuverlässige Prädiktoren erwiesen (vgl. Decker 2022b; vgl. Hansen/Olsen 2022: 2; vgl. Lengfeld 2017). Vielmehr scheinen eine, vor allem in der Mittelschicht anzutreffende, *subjektiv empfundene* soziale Desintegration und damit verbundene Gefühle von Unsicherheit und Destabilisierung treibende Kraft für die Unterstützung der AfD und anderer rechtspopulistischer Bewegungen zu sein (vgl. Sachweh 2020; vgl. auch Sauer 2017 und Vorländer et al. 2017). Entsprechend konnte die AfD aus den Krisen der letzten Jahre, wie der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ 2015, den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln, den Terroranschlägen 2016 in Brüssel, Nizza, Würzburg und Berlin und zuletzt der COVID-19-Pandemie, beachtliches Kapital schlagen (vgl. Decker 2022a; vgl. Hansen/Olsen 2022: 2; vgl. Wiegel 2023).

In den letzten Jahren, vor allem ab 2023, konnten dann zwei gegenläufige Entwicklungen beobachtet werden: Einerseits war eine zunehmende Normalisierung der extremen Positionen und polarisierenden Figuren der Partei über ihre Integration in öffentliche und politische Diskurse erkennbar.¹¹ Andererseits wurde die AfD aufgrund »extremistischer Strömungen« (BfV 2023: 14) innerhalb der Partei durch das *Bundesamt für Verfassungsschutz* (BfV) als »Verdachtsfall« (ebd.) eingestuft.¹² Armin Pfahl-Traughber (2020) kommt bereits drei Jahre zuvor, auf Basis von Aussagen zu Leitkultur, Deutschen mit Migrationshintergrund, der Bundesregierung, NS-Vergangenheit (u.a.) sowie Verbindungen zu und eigenen Aktivitäten in rechtsextremen Gruppen von Parteimitgliedern, »aus Extremismustheoretischer Sicht« zu der Einschätzung, die AfD sei »in der Gesamtschau eine rechtsextremistische Partei« (Pfahl-Traughber 2020: 91). Dazu bezieht er sich auch auf die seitdem weiter erstarkten Beziehungen zur rechtsextremen ›Intellektuellenbe-

¹¹ Hierzu zählen u.a. die wiederholten Einladungen in Talkshows, z.B. bei Maischberger oder Lanz, das kontrovers diskutierte ›Sommerinterview‹ mit Björn Höcke oder das Stern Cover von Alice Weidel. Dabei wird den Journalist*innen nicht nur vorgeworfen, den Personen eine Plattform zu bieten, sondern auch ein Mangel an kritischen Rückfragen oder Interventionen kritisiert (vgl. Joswig 2023; vgl. Kraske 2023; vgl. Sawicki 2024).

¹² Die Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie die Jugendorganisation *Junge Alternative* werden bereits als ›gesichert rechtsextremistisch‹ geführt (Amt für Verfassungsschutz Thüringen 2021: 13; Land Sachsen-Anhalt 2024; Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2023: 1ff.; Verwaltungsgericht Köln 2024).

wegung der *Neuen Rechten*,¹³ die auch in der Öffentlichkeit immer weniger verborgen werden (vgl. Pfahl-Traughber 2020: 90).

Aufgrund des kontinuierlichen ›Rechtsrucks‹, unter Beibehaltung ihres populistischen Kerns, wird die AfD in der vorliegenden Arbeit in Anlehnung an Cas Mudde (2007) als Partei der *populist radical right* verstanden. Die Referenz hierauf erfolgt im Weiteren aus Gründen der Lesbarkeit durch den Begriff ›Rechtspopulismus‹.¹⁴ Die Spezifizierung über Mudde wird hier vor allem deshalb vorgenommen, weil der Rechtspopulismus-Begriff in seiner Verwendung oft uneindeutig bleibt oder zur Verwässerung extremerer Positionen verwendet wird. Nach Mudde (2007) ist die *populist radical right* durch »three core ideological features: nativism, authoritarianism, and populism« (ebd.: 22) gekennzeichnet. Entlang dieser Dimensionen teilen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen »the world into friends and foes« (ebd.: 89). Populismus wird »als dünne Ideologie [verstanden; V.D.], nach der die Gesellschaft letztlich in zwei homogene antagonistische La-

13 Mit ›Neue Rechte‹ wird – sowohl zur Fremd- als auch Selbstbezeichnung – eine nicht eindeutig definierte rechtsextreme Strömung in Deutschland bezeichnet. Der Begriff soll zunächst einen Bruch mit einer ›alten Rechten‹ suggerieren, womit zumeist auf die Nationalsozialisten und ihre ideologischen Nachfolger*innen verwiesen wird. Die Inszenierung eines Bruchs mit dem Nationalsozialismus sowie der affirmative und aneignende Bezug auf den Konservatismus kann vor allem auf Armin Mohler (1972/1949) zurückgeführt werden, der sich in seiner Dissertation bemühte, etliche intellektuelle Wegbereiter des Nationalsozialismus aus ebendiesem geistigen Kontext zu lösen. Der Titel seiner Arbeit, *Konservative Revolution*, mit dem die z.T. sehr unterschiedlichen Denker zusammengebracht werden sollten, ist bis heute eine weit verbreitete Selbstbezeichnung in der *Neuen Rechten* (vgl. Salzborn 2017a: 22ff.). Sichtbar werden Begriff und Bewegung in Deutschland zum ersten Mal in den 1970er Jahren in Form der, an die französische *Nouvelle Droite* angelehnten, *Aktion Neue Rechte*. Eine Hochzeit erleben sie allerdings erst in den 1990er Jahren, zusammen mit zahlreichen anderen rechten Kräften. Seit den 2000er Jahren werden mit dem Label vor allem die *Identitäre Bewegung* um Martin Sellner, das *Institut für Staatspolitik* (IfS) und der *Verlag Antaios* um Götz Kubitschek und Karl Weißmann sowie die *Bibliothek des Konservatismus* (BdK) assoziiert. Samuel Salzborn (2017a) fasst die Ziele der *Neuen Rechten* als »die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ›kulturellen Hegemonie‹« (ebd.: 35) zusammen. Durch die *Alternative für Deutschland* und PEGIDA als aktive Replikator*innen hat sich der Resonanzraum für diese Ziele in den letzten zehn Jahren deutlich vergrößert. Vgl. dazu weiterführend Pfahl-Traughber 1998; Salzborn 2017a; Terkessidis 1995, Wagner 2017; Weiß 2017.

14 Der Populismusbegriff im Allgemeinen und der Rechtspopulismusbegriff im Speziellen haben in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eine intensive Bearbeitung erfahren und haben z.T. weit zurückreichende Wurzeln, etwa bei Edward Shils (1996/1956), dessen Populismusbegriff trotz der vielen Umarbeitungen und Weiterentwicklungen nach wie vor große Aktualität besitzt. In der Erarbeitung spielte nicht nur die Frage nach der Perspektive auf den Gegenstand eine große Rolle, sondern immer wieder auch, was überhaupt den Gegenstand der Populismusforschung konstituiert. Dazu leisteten z.B. die Arbeiten von Margaret Canovan (1982), Paul A. Taggart (2000), Cas Mudde (2007), Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2019), und im deutschsprachigen Raum Jan-Werner Müller (2016), Frank Decker (2004, 2006) und Marcel Lewandowsky (2022) wichtige Beiträge. Die unterschiedlichen Ansätze lassen sich dabei vor allem nach drei Perspektivierungen unterscheiden: Populismus als Diskurs (z.B. Laclau 2005), als Ideologie (z.B. Mudde 2007; Mudde/ Rovira Kaltwasser 2019) und als Politikstil (z.B. Moffit 2015). In den letzten Jahren erhalten außerdem die kommunikativen und rhetorischen Aspekte (z.B. Hillje 2022; Wodak 2016) sowie die besondere Emotionalität (z.B. Jensen 2017) des Phänomens zunehmende Aufmerksamkeit.

ger gespalten ist: »das anständige Volk« und »die korrupte Elite« (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019: 25, kursiv i.O.; vgl. Mudde 2007: 23). Im Nativismus wird »das Volk« darüber hinaus als *autochthone* Bevölkerung einer Nation in Abgrenzung zu einem »nicht-einheimischen Anderen« konkretisiert. Das Hinzutreten dieses zweiten ›fremden‹ Antagonisten konstituiert die spezifische Konstellation des *Rechtspopulismus*. Das dritte Kernmerkmal, der Autoritarismus, bezieht sich dann auf das Bestreben, die »traditionellen Moralvorstellungen« (Lewandowsky 2022: 69) dieses ›Volkes‹ »und den allgemeinen Glauben an die hierarchische Gesellschaft« (ebd.) vor diesen beiden Elementen der Bedrohung zu schützen und zu bewahren (vgl. ebd.: 69f.). Wo genau diese Abgrenzung zum ›Anderen‹ jeweils gezogen wird, hat sich allerdings als sehr unterschiedlich und, wie hier gegenständlich, nicht selten paradox erwiesen.

1.1.2 Die Bündnisgruppen der *Alternative für Deutschland*

Ein Phänomen, das geradezu paradigmatisch für die Flexibilität der rechtspopulistischen Grenzziehung steht, sind die der AfD zugeordneten Interessenvereinigungen und Arbeitsgemeinschaften, die seit der Gründung der Partei entstanden sind und insbesondere medial als antithetisch zum AfD-Programm verhandelt wurden und werden. In der vorliegenden Arbeit dienen die drei Gruppen, die im Folgenden näher betrachtet werden (*Alternative Homosexuelle*, *Neudeutsche Alternative* und *Juden in der AfD*), als Ausgangspunkt und Zugang zu der Frage danach, welche Funktion eine solche, oft als ambivalent oder paradox rezipierte Flexibilität für die diskursive Konstruktion kollektiver Identität und die damit verbundenen Grenzziehungen durch und für die AfD hat.

Alternative Homosexuelle

Die erste der untersuchten Interessenvereinigungen in der AfD ist die im Mai 2014 gegründete *Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der Alternative für Deutschland* (BIG) bzw. die 2017 daraus hervorgegangene *Alternative Homosexuelle*. Die BIG, die nach eigenen Angaben »mit dem Ziel [gegründet wurde; V.D.], die AfD in Schutz zu nehmen und zu zeigen: Die Partei ist nicht schwulenfeindlich, es gibt uns Homosexuelle in der AfD!« (Welsch zit.n. Kallenbrunner 2016), gelangte zunächst durch ihre Facebook-Kampagnen in die Öffentlichkeit, die Aussagen enthielten wie »Gutmenschen die Flüchtlinge Fahrräder schenken, sollten auch für deren verursachte Unfälle haften!« (Adrian Ochmanski) (vgl. Stern 2016). In der Presse wurden sie vor allem durch die beiden Bundessprecher Mirko Welsch und Alexander Tassis sowie Jana Schneider, eine der wenigen Frauen* innerhalb der Vereinigung, vertreten. Ihre Aussagen ähneln sich dabei weitestgehend und referenzieren zumeist die Leitlinien der Vereinigung: Darin werden Gender-Mainstreaming, ›Frühsexualisierung‹ und die Bezeichnung gleichgeschlechtlicher Partner*innen-schaften als Ehe sowie die Verwendung des Begriffs ›Homophobie‹ abgelehnt, konservative Werte dagegen bejaht (vgl. BIG o.J.). »Die juristische Gleichstellung«, so Tassis, »das sind nur Kämpfe von gestern« (Tassis zit.n. Lauer 2014), stattdessen wollten sie »selbstbewusste Deutsche sein« (ebd.). Und auch Schneider gab an: »Der Status Quo genügt mir. Mir geht es eher um ein bürgerliches Identitätskonzept als um Homosexuelle. Es gibt eben auch Lebensgefühle jenseits der linksgrünen Regenbogenfahne« (Schneider zit.n. Karig 2016). Als relevante Bedrohung für Homosexuelle hoben sie lediglich noch

die ›Islamisierung‹ hervor und waren ansonsten vor allem um das »Leitbild der traditionellen Familie« (BIG o.J.: 2) besorgt, woraus sich auch die »Ablehnung der Sexualisierung der Gesellschaft, ›liberaler‹ Prostitutionsgesetze, des damit verbundenen Menschenhandels, von Inzest und Pädophilie« (ebd.: 3) ableitete (vgl. ebd.). Nach der Abspaltung eines Großteils der Mitglieder als *Schwul-lesbische Plattform*,¹⁵ aus der später die *Alternative Homosexuelle* (AHO) gegründet wurde, löste sich die BIG 2017 auf. Die Trennung und der darauffolgende Parteiaustritt von Mirko Welsch im März 2017 wurden vor allem auf homophobe Aussagen von Parteimitgliedern und seine Kritik daran zurückgeführt und darauf, dass er, nach eigenen Angaben, den spürbaren Rechtsruck der Partei nicht mittragen wollte (vgl. Blech 2017; vgl. Ellersiek 2019; vgl. Sauer 2017).¹⁶

Die Nachfolgerin AHO ordnet sich dagegen von Beginn an offen der zwischenzeitlich aufgelösten ›nationalkonservativen Sammlungsbewegung Flügel innerhalb der AfD zu und verwendet als Logo mittlerweile einen schwarz-rot-goldenen ›Regenbogen‹ mit stilisiertem Adler, wie er auch in der Anti-LGBTQIA*-Kampagne der AfD, dem ›Stolzmonat‹,¹⁷ benutzt wird. Im Vergleich zu den Leitlinien der BIG fällt in den ›Kernsätze‹ der AHO vor allem die stärkere Hervorhebung von Patriotismus, einer ethnopluralistischen Weltdeutung und der konservativen und nationalen Wertorientierung sowie die Forderung nach einer Beendigung der »Geiselnahme von uns Schwulen und Lesben für linksextreme Gesellschaftsexperimente« (AHO 2019b) auf. Vor allem die Posts und Texte des Vorsitzenden Alexander Tassis sind von Verweisen auf deutsche ›Dichter und Denker‹, eine männerbündische Sprachästhetik und die Hervorhebung Homosexueller als »sexuell Nicht-Normale« (Tassis 2022) geprägt (vgl. Blech 2017). Zudem agiert seit der Neugründung die christkonservative Nicole Höchst als Schirmherrin der Vereinigung. Sie erregte 2017 durch die Behauptung Aufmerksamkeit, es gäbe »unter homosexuellen Männern mehr Pädophile« (Kowalski 2018) (vgl. Ellersiek 2019). Trotz der Bereitschaft vieler offen homosexueller Parteimitglieder, ihre Sexualität zu ›politisieren‹, finden sich keine prominenteren Persönlichkeiten, wie Alice Weidel oder Sven Tritschler, in der AHO.

Neudeutsche Alternative

Ebenfalls im Jahr 2017 und mit einigen personellen Überschneidungen zur AHO, schlossen sich die *Migranten in der AfD – Neudeutsche Hoffnungsträger* (NDH) zusammen, die 2019, wieder unter der Schirmherrinnenschaft von Nicole Höchst als *Neudeutsche Alternative* (ND) neu gegründet wurde (vgl. AHO 2019a). Ihre Grundsätze hielten sie 2017 in ihren Leitlinien und einem ersten Facebook-Post fest. Darin erklären sie sich als

¹⁵ Der Name wurde wahrscheinlich in Anlehnung an die *Patriotische Plattform* gewählt, ein Zusammenschluss Flügel-naher AfD-Mitglieder, deren Schriftführer Alexander Tassis war.

¹⁶ Er selbst hatte in der Vergangenheit u.a. »Volker Beck [...] als ›Krebsgeschwür der Schwulenbewegung‹ und den Lesben- und Schwulenverband als ›linksgrüne Parasiten‹ bezeichnet« (Ellersiek 2019).

¹⁷ Die AfD hat 2023, in Anlehnung an die Aktion der österreichischen Rechtsextremen der FPÖ, die Online-Kampagne ›Stolzmonat‹ ins Leben gerufen, um gegen den sog. ›Pride Month‹ zu protestieren und anstelle von sexueller Vielfalt Nationalstolz zu propagieren (vgl. KompRex 2023; Queer.de 2023).

»persisch-, polnisch-, bosnisch-, türkisch-, afrikanisch- und griechischstämmige Menschen«, die im Verein »als stolze Deutsche zusammen[geführt]« (Neudeutsche 2017) würden, »um für Einwanderer aus aller Herren Länder ein kraftvolles, integrierendes, gemeinsames, geisterfülltes Deutschsein auf Grundlage der deutschen Leitkultur als Erfolgsmodell vorzuleben und konzeptuell anzubieten« (ebd.). Dementsprechend formulieren sie in der Präambel ihrer Leitlinien »die Pflicht [...], für unser geistiges Vaterland Deutschland zu wirken« und »[f]ür seine Identität zu streiten« (NDH 2017: 1). Über diese doppelte ›Dienstleisterinnen-Rolle‹ – für Deutschland und für patriotische Migrant*innen – wollen sie vor allem »den Missbrauch ethnischer Minderheiten für die Zerspaltung unseres Volkes [bekämpfen]« (ebd.). Gegen die von ihnen diagnostizierte »[h]emmungslose Deutschlandfeindlichkeit« (Neudeutsche 2017) solle durch ein »Ende jeglicher staatlichen Finanzierung von Projekten gegen Rassismus und Rechtsextremismus« (NDH 2017: 2) und anderer ›linker Politiken‹ vorgegangen werden. Dabei geht Alexander Tassis davon aus, dass »es [...] eine Befreiung für die Deutschen [ist], wenn Migranten für sie sprechen« (Tassis zit.n. Lazarević 2017). Auch Laleh Hadjimohamadvali (oft abgekürzt als ›Walie‹) sieht ihre Aufgabe darin, sich »schützend vor das deutsche Volk [zu stellen; V.D.]« (Hadjimohamadvali zit.n. Berger 2018). Die gebürtige Iranerin und lange Zeit einzige Frau* des Vereins tritt vor allem im Rahmen rechter Frauenproteste gegen den Islam auf und spricht zumeist aus der Position einer ›Ex-Muslimin‹. Für ihre aktivistische Tätigkeit wurde sie bereits mehrfach wegen Volksverhetzung, aber auch wegen der »Verbreitung kinderpornografischer Schriften« (Kamann 2019)¹⁸ angeklagt (vgl. ebd.; vgl. SOL.DE-Redaktion 2020).

Die restlichen Positionen in den Leitlinien ähneln inhaltlich und sprachlich stark denen der BIG und sind an einigen Stellen deckungsgleich. Auch die ND und ihre Vorgängerorganisation sprechen sich für eine ethnopluralistische Weltdeutung aus, die durch eine »aktive Bevölkerungspolitik unter dem Ideal der ethnischen Tradition« (NDH 2017: 3) und dementsprechend restriktive Einwanderungspolitik durchgesetzt werden soll. Zudem forderten die *Migranten in der AfD* eine Anerkennung der ›Islamisierung‹ als ›wahres Problem‹ Deutschlands und ein »neues Bild der deutschen Geschichte« (ebd.). Gerahmt sind diese Forderungen erneut durch einen pathetischen Sprachgebrauch und nostalgische Formulierungen (wie z.B. »ewigjunge Idee des Nationalstaates« [ebd.]), die auch nach der Neugründung weiterbestehen. So unterschrieben ND und AHO eine gemeinsame Erklärung mit »Es lebe das uns Heilige Deutschland- und die darinnen schaffender Teil sein wollen!« (ND 2017).

Ähnlich wie die AHO bleibt die Vereinigung trotz eines relativ hohen Anteils an Mitgliedern und Abgeordneten mit Migrationshintergrund eher klein. Zwar verweisen andere Parteimitglieder mit Migrationshintergrund oft auf die Interessenvereinigung, treten selbst aber ausschließlich als Einzelpersonen auf (vgl. Schmoll 2021; vgl. Spitz et al. 2021). Dennoch gibt es seit Juli 2023 einen weiteren Verein, *Mit Migrationshintergrund für Deutschland*, in dem auch Alexander Tassis wieder eine Funktion übernommen hat. In der

¹⁸ Der Vorwurf über die Verbreitung kinderpornografischer Schriften bezieht sich auf die Veröffentlichung eines Fotos durch Hadjimohamadvali, auf dem die Vergewaltigung eines Kindes durch einen Mann »in orientalischer Tracht« (Kamann 2019) zu sehen war (vgl. ebd.; vgl. Kirch 2018).

Presse spricht bisher aber vor allem die aus Nigeria stammende stellvertretende Vorsitzende Catherine Schmiedel für den Zusammenschluss (vgl. FAZ 2023; vgl. Keilani 2024; vgl. Sternberg 2024; vgl. Verein MfD 2023). Ob es sich hierbei um eine erneute Ablösung der streckenweise eher inaktiven ND handelt, ist bisher nicht ersichtlich. Wie ND und AHO ist auch der neue Verein keine offizielle Parteiorganisation und setzt, im Gegensatz zu den hier näher vorgestellten Gruppen, keine Parteimitgliedschaft voraus. Im Vergleich zur ND scheinen sie zur Selbstbeschreibung außerdem Abstand von Begriffen wie ›neudeutsch‹ oder ›bunt‹ zu nehmen – Begriffe, die von der Partei bisher ausschließlich in negativer Besetzung verwendet wurden.

Juden in der AfD

Die größte mediale Resonanz erzeugte bisher der ähnlich kleine, 2018 gegründete Arbeitskreis *Bundesvereinigung Juden in der Alternative für Deutschland* (JAfD). Im Gegensatz zur AHO oder ND ist er, wie auch die *Christen in der AfD*, als Arbeitskreis durch die Partei anerkannt. Dementsprechend wurde auch die von Dimitri Schulz und Bernhard Krauskopf initiierte Gründung des AK durch Reden und Fördermitgliedschaften vom AK *Christen in der AfD* unterstützt (vgl. Kosova et al. 2019; vgl. JAfD 2019a). Das auffällige Medieninteresse an der Gründung kann zumindest in Teilen dadurch erklärt werden, dass die Veranstaltung vom Protest mehrerer jüdischer Vereinigungen vor Ort (vgl. Zeit online 2018) sowie eine gemeinsame Erklärung siebzehn jüdischer Organisationen, darunter der *Zentralrat der Juden* (ZdJ), begleitet war (vgl. Grieshaber 2018). Im Vorlauf zur Bundestagswahl 2021 veröffentlichten dann erneut 60 jüdische Verbände ein Statement, in dem sie vor der AfD warnten. Zu diesem Statement wird man weiterhin über die Domains *juden-afd.de* und *juden-in-der-afd.de*¹⁹ umgeleitet (vgl. Jüdische Allgemeine 2021; vgl. ZdJ 2021). Außerdem wurde zu Beginn immer wieder in Zweifel gezogen, ob es sich wirklich bei allen Mitgliedern um Jüdinnen*Juden handle, so auch vom ehemaligen AfD-MdEP Marcus Pretzell (vgl. Cuntz 2018; vgl. Pretzell 2019, 2021). Diese teils sensationalistische Rezeption wurde wiederum dafür kritisiert, ein »Randphänomen« (Mendel zit.n. Schmidt 2018) bzw. eine »Splittergruppe ohne Rückhalt bei den Jüdinnen und Juden in Deutschland und ein Feigenblatt« (Salzborn zit.n. Schmidt 2018) größer zu machen, als es eigentlich sei. Die Grußworte von Erika Steinbach, Beatrix von Storch und Joachim Kuhs, die unter anderem auf der Gründungsfeier gesprochen wurden, lassen darauf schließen, dass insbesondere Samuel Salzborns Kritik nicht unberechtigt war: Dort wurden die *Juden in der AfD* als »echte[r] Glücksfall« (Kuhs zit.n. Kamann/Breyton 2018) für die Partei gefeiert, die ihren Gegner*innen das »Spielzeug der Nazikeule« (ebd.) wegnähme.

Die Grundsatzserklärung, die auch als Teil eines gemeinsamen Sammelbandes *Was Juden zur AfD treibt – Neues Judentum und neuer Konservatismus. Jüdische Stimmen aus Deutschland* (Kosova et al. 2019) erschienen ist, beginnt wie bei den anderen Vereinigungen mit einer Abgrenzung von einer ›linken Politik‹ und deren angeblicher Vorstellung, Jüdinnen*Juden wären automatisch in diesem politischen Spektrum beheimatet. Für sie konstituiert diese Annahme eine »Übernahme antisemitischer Stereotype [...], die den Juden als heimatlos, entwurzelt und somit illoyal gegenüber seinem ›Wirtsland‹ zu diffamieren

19 Stand: 13.02.2025.

suchen« (JAfD 2019a: 141). Dementsprechend benennen sie neben einem »muslimischen Judenhass« (ebd.: 142) den ›linken Antizionismus‹ als vornehmliche Gefährdung deutscher Jüdinnen*Juden und Quelle von Antisemitismus. Wie die anderen Vereinigungen positionieren sie sich zudem gegen Gender-Mainstreaming und ›Frühsexualisierung‹ und betonen die Bedeutung des ›traditionellen Familienbildes‹. Diese Hervorhebungen werden vor allem mit der Konzeption des »Judentum[s] als ›Bundesvolk‹ (Hans-Joachim Schoeps) [verbunden; V.D.], das sich nie im Religiösen erschöpfte, sondern immer zu-gleich eine Volksgemeinschaft war« (ebd.: 145) – ein Selbstverständnis, das den Deut-schen verloren gegangen sei. So begründen sie auch ihre Verbindung mit der AfD damit, dass die »Gegner des Deutschtums ganz überwiegend zugleich auch Gegner des Judentums« (ebd.: 147) seien, weshalb ihnen »eine Allianz der Judenheit mit der europäischen Rechten als äußerst folgerichtig« (ebd.) erscheine. Die Fixierung der etablierten Politik auf den Nationalsozialismus und den Holocaust fände hingegen auf Kosten aktueller jü-discher Probleme statt: »Die Altparteien kümmern sich mehr um tote Juden, anstatt um die lebenden« (Kosova zit.n. AfD Heidelberg 2019). Gleichermaßen diffamieren sie den ZdJ als »Zentralrat der Hofjuden« (Weksler 2019: 49), die »der Merkel-Politik wie brave Hündchen« (Krauskopf 2019: 62) folgten und riskierten, »als ›nützliche jüdische Idioten‹ in die Geschichte einzugehen« (Fuhl 2019: 81).

Herabsetzungen, wie sie die JAfD für den ZdJ formuliert, finden sich auch immer wieder in der massenmedialen Berichterstattung über die drei Interessenvereinigungen, bei de-nen die Jüdinnen*Juden der JAfD selbst als »Alibi-Juden« (Steinke 2018) und ›nützliche Idioten‹ oder Schwarze Parteimitglieder als »Exot[en]« (Eppelsheim 2017) und »Deut-schenversteher« (Preuß 2014) bezeichnet werden. Insgesamt erhielten alle drei Gruppen in den letzten Jahren, trotz teilweise sporadischer Aktivitäten und durchgehend geringer Mitgliederanzahl, große mediale Aufmerksamkeit, und auch innerhalb der Partei wur-de und wird häufig auf sie verwiesen. Dabei fällt auf, dass alle drei Vereinigungen ähn-liche Motivationen und Leitlinien formulieren und zum Teil personelle Überschneidun-gen bei den Mitgliedern und im direkten Unterstützer*innenumfeld aufweisen. Ihre Po-sitionierungen sind in der Regel offen deutschnationalistisch und Diskriminierungser-fahrungen durch Deutsche, insbesondere Rechte, werden durchweg als ›Entgleisungen‹ und ›Einzelfälle‹ marginalisiert oder schlicht geleugnet. Die ›wahre‹ Gefahr wird statt-dessen in allen Fällen auf den Islam oder ›die Linke‹ projiziert, der sie eine ›Vereinnah-mung‹ der Bevölkerungsgruppen vorwerfen, die die Interessenvereinigungen repräsentieren möchten. Um sich hiervon abzugrenzen, betonen sie dagegen ihren eigenen ›Min-derheitenstatus‹ und lehnen ›Mehrheitsansprüche‹, wie sie sie in Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen sehen, ab (vgl. AHO 2019b; vgl. BIG o.J.; vgl. NDH 2017).

1.2 Forschungsstand: Ungewöhnliche Allianzen

Trotz dieser umfangreichen Berichterstattung gibt es bisher kaum systematische For-schung zu den Interessenvereinigungen der *Alternative für Deutschland*. Insbesondere über die *Neudeutsche Alternative* und die *Juden in der AfD* liegen bisher keine dezidierten